

Rasen betreten verboten

Knapp zwei Wochen vor dem G-7-Gipfel wird der Tagungsort zur Festung: Schikanen für Demonstranten, Grenzkontrollen, Polizeiheer, Hubschrauber

Arnold Schölzel

Garmisch-Partenkirchen hat ein Protestcamp von G-7-Gegnern auf einer Wiese am Ortsrand untersagt. Als Grund wurde am Dienstag vor allem Hochwassergefahr angegeben. Es könne zu Überschwemmungen von bis zu einem halben Meter kommen. Das gefährde die Teilnehmer, eine Erreichbarkeit sei für Rettungskräfte fast unmöglich. Zudem könnten von dem Camp zahlreiche Gefährdungen ausgehen. Laut www.merkur.de äußerte die Erste Bürgermeisterin Sigrid Meierhofer (SPD) in dem Schreiben: »Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht, sondern mussten vielmehr die Ansprüche der Antragsteller mit den Belangen der Sicherheit und Ordnung abwägen. Unabhängig davon bleibe ich aber bei meiner Auffassung, dass es für die verfassungsrechtliche geschützte Demonstrationsfreiheit eben keiner Camps bedarf.« Die Landessprecherin der Linken, Eva Bulling-Schröter, erklärte zu dem Verbot und der Aufhetzung von Anwohnern gegen die Demonstranten durch die Landesregierung: »Das sind diktatorische Maßnahmen. Mit Demokratie hat das alles nichts, aber auch gar nichts zu tun. Viele Menschen hier in diesem Land haben die menschenverachtende Politik der im G-7-Gipfel vertretenen Staaten satt, sie werden sich trotz Repression nicht daran hindern lassen, machtvoll und mit Phantasie zu demonstrieren.«

Das Bündnis »Stop G7 Elmau«, das die 7.000-Quadratmeter-Wiese an der Loisach für etwa 1.000 Demonstranten von einem Gastwirt pachtete (siehe *jW* vom 26. Mai), hatte vorab angekündigt, dass es bei einer Ablehnung Rechtsmittel prüfen werde. Das weitere Vorgehen soll auf einer Pressekonferenz am heutigen Mittwoch in München bekanntgegeben werden. Die zuständigen Behörden haben zudem bislang noch keine Genehmigungen für geplante Kundgebungen in Orten rund um den Tagungsort, das Schlosshotel Elmau, erteilt.

Seit Dienstag gilt an den deutschen Grenzen nicht mehr das Schengen-Abkommen. Der Chef der Bundespolizeidirektion München, Hubert Steiger, erklärte vor Journalisten, es gebe »lageangepasste Kontrollen« des grenzüberschreitenden Verkehrs insbesondere zu Österreich. Überprüfungen fänden im Straßen- und bundesweit im Schienenverkehr, aber auch am Flughafen München und an zu Fuß passierenden Grenzübergängen statt. Die Kollegen im Norden hätten außerdem den Fährverkehr aus Skandinavien im Blick. Da der Gipfel am letzten Wochenende der bayerischen Pfingstferien beginnt, empfahl Steiger Urlaubern, die aus dem Süden zurückreisen, die Region weiträumig zu meiden.

Bei dem G-7-Gipfel sollen etwa 15.000 deutsche sowie 2.000 österreichische Polizisten zum Einsatz kommen. Die Bundespolizei wird nach eigenen Angaben mit weiteren 2.500 Kräften aktiv sein. Unter anderem will sie die Gebirgszüge um Schloss Elmau engmaschig kontrollieren und verhindern, dass bergsteigende Demonstranten sich dem Tagungsort nähern können. Die Bundespolizei wird außerdem 30 Hubschrauber einsetzen, dazu kommen die der Landespolizei Bayerns. Wie der Leiter der Bundespolizeifliegergruppe,

Thomas Helbig, sagte, werden sieben oder acht Helikopter mit Wärmebildkameras ausgerüstet. Sie könnten aus der Luft Menschen ausmachen, die sich im Schutze des Waldes dem Tagungsgelände nähern wollen.

<http://www.jungewelt.de/2015/05-27/056.php>